

Initiativen für freie Schulwahl im ganzen Land

NZZ am Sonntag

Kantonale Volksbegehren sollen Wettbewerb ins Schulsystem bringen

27.4.08

In mindestens zehn Kantonen sind Volksinitiativen für die freie Schulwahl in Vorbereitung. Politiker aller Parteien unterstützen die Forderung, die die Schule revolutionieren soll.

Markus Häfliger

Die Revolution soll die ganze Schweiz erfassen, doch die Revolutionäre operieren kantonal. In rund zehn Kantonen laufen momentan Vorbereitungen für Volksinitiativen, die die freie Schulwahl fordern. Die Eltern sollen frei entscheiden, in welche Volks- oder Privatschule ihr Kind geht. Sofern eine Schule allen Kindern offensteht, soll der Staat für die Kosten aufkommen.

Hinter der geplanten Initiativ-Welle steht die Elternlobby. Weitgehend unbemerkt lobbyiert dieser Verein intensiv bei kantonalen und eidgenössischen Politikern für sein Anliegen. «Wir verfolgen einen strategischen Plan», sagt Präsidentin Pia Amacher. Ziel sei es, in allen Kantonen Initiativkomitees zu bilden. Laut eigenen Angaben hat die Elternlobby, die 2002 gegründet wurde, heute 1500 Mitglieder.

Der Plan ist schon weit gediehen, wie eine Umfrage der «NZZ am Sonntag» zeigt. In vier oder fünf Kantonen soll noch 2008 die Unterschriftensammlung beginnen, als Nächstes wohl in Zürich oder in Solothurn (vgl. Box).

Baselland als Testfall

Am weitesten ist die Elternlobby in Baselland, das als nationaler Testfall dient. Ende 2006 wurde die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» eingereicht, die Abstimmung findet frühestens im September 2008 statt. Obwohl der Termin noch nicht feststeht, sorgt die Initiative schon heute für Debatten.

In der übrigen Schweiz macht die freie Schulwahl bisher nur punktuell Schlagzeilen – bis vor einer Woche, als die Forderung überraschenden Sukzess erhalten hat: Als erste Partei propagiert die FDP die freie Schulwahl. Treibende Kraft hinter diesem Entscheid ist Nationalrat Filippo Leutenegger. Er hält den Entscheid der FDP-Delegierten für den «wohl entscheidenden Durchbruch für das liberal-revolutionäre Anliegen der freien Schulwahl». Allerdings will die FDP den Wettbewerb vorderhand auf staatliche

Schulen begrenzen. In Zürich will Leutenegger die Forderung mit Margarita Müller, der Vizepräsidentin der Elternlobby, nun rasch vorantreiben. «Nach den Sommerferien wollen wir die Initiative lancieren», sagt Leutenegger.

Er ist überzeugt, dass pädagogischer Wettbewerb die Qualität verbessere. Eltern sollen selber entscheiden, was für ihr Kind am besten ist: die Dorfschule, die Rudolf-Steiner-Schule oder eine Tagesschule. Leutenegger könnte sich auch eine Zwillingsinitiative vorstellen: eine Initiative für Wahlfreiheit zwischen staatlichen Schulen und eine zweite Initiative, die auch Privatschulen einschliesst. Diese Idee lehnt Pia Amacher jedoch ab.

Warnung vor «Ghettos»

Laut Initiativtext würden anerkannte Privatschulen pro Kind gleich viel Geld erhalten wie die Volksschule – sofern sie Kinder jeder Nationalität und Religion aufnehmen. Zudem dürften Privatschulen keine zusätzlichen Schulgelder verlangen. «Das bringt echte Chancengleichheit», sagt Amacher. Heute hingegen könnten «nur die Reichen für ihre Kinder eine Schule aussuchen, die optimal ihren Fähigkeiten und Begabungen entspricht».

Zur Elternlobby gehören viele Sympathisanten von Rudolf-Steiner- oder Montessori-Schulen, aber auch Anhänger der Volksschule sowie Politiker jeder Couleur. Alle Parteien sind gespalten: Den kantonalen Initiativkomitees gehören Vertreter von SP bis SVP an. Zwar ist das Anliegen bei Mitte- und Rechtsparteien beliebter, doch auch bei Linken gibt es Sympathisanten.

Unlängst hat sich SP-Nationalrätin Chantal Galladé im Winterthurer «Stadtblatt» als Befürworterin geoutet. «Ich bin überzeugt, dass der pädagogische Wettbewerb, der explizit nicht finanzieller Natur ist, den Kindern und ihrer Bildung und Förderung zugutekommt», schrieb Galladé. Auf Anfrage bestätigt sie, mit dem Zürcher Initiativkomitee in Kontakt zu stehen.

Auch auf der Gegenseite kämpfen Politiker aller Parteien. In Baselland treten National- und Ständeräte von SP bis FDP gegen die Initiative an. Sie argumentieren, die freie Schulwahl werde die Volksschule ab, provoziere sinnlosen «Schultourismus» und schaffe eine Zwei-Klassen-Schule: Spezialschulen für bildungsnahe Schichten, «Ghetto-Schulen» für den Rest.

Basel-Landschaft: Eine Volksinitiative für die freie Schulwahl wurde 2006 eingereicht; die Kantonsregierung lehnt sie ab. Abstimmung frühestens im September.
Zürich: Nach den Sommerferien soll die Volksinitiative für freie Schulwahl lanciert werden – möglicherweise in Form einer Zwillingsinitiative (vgl. Haupttext).
Solothurn: Ein Initiativtext liegt vor, ein Initiativkomitee formiert sich. «In spätestens zwei Monaten wollen wir die Initiative lancieren», sagt der Solothurner Koordinator Werner Grossbacher.

Luzern: Ein Initiativtext ist formuliert, im Herbst 2008 soll die Unterschriftensammlung beginnen, sagt die Luzerner Koordinatorin Barbara von Werdt.
St. Gallen: «Wir planen, noch in diesem Sommer oder Herbst mit der Unterschriftensammlung zu beginnen», sagt der St. Galler Koordinator Michael Suter.
Aargau: Die Elternlobby Aargau wolle noch 2008 eine Volksinitiative lancieren, sagt Koordinator Marco Bolliger.
Appenzell Ausserrhoden: Ein Initiativtext liegt vor, ein Komitee ist im Aufbau.

Basel-Stadt: Derzeit wird ein Initiativkomitee zusammengestellt. «Sobald wir Klarheit haben, was in Baselland passiert, werden wir Dampf aufsetzen», sagt der Basler Koordinator Markus Bodmer.
Thurgau: Nächste Woche findet eine Strategiesitzung statt. Die Lancierung einer Initiative sei «wahrscheinlich», sagt der Thurgauer Koordinator Kurt Loehrer.
Waadt: Der erste welsche Kanton, in dem die Elternlobby aktiv ist. Für eine Volksinitiative sei es aber noch zu früh, sagt die Koordinatorin Susanne Bergius. (hä.)

«Echte Chancengleichheit»: Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby, kämpft seit Jahren für die freie Schulwahl. (Andri Pol)

Elternlobby bereitet Volksinitiativen in zehn Kantonen vor